

„Europa kann es besser – Du entscheidest“

Unter diesem Motto treten in allen 25 EU-Staaten die europäischen Grünen bei den Europawahlen am 13. Juni an

Die Wahlbeteiligung ist bei den Europawahlen niedriger als bei anderen Wahlen. „Europa ist zu weit weg“, „Was hat Brüssel mit Bamberg zu tun?“, „Die entscheiden eh nix“, „Wir wollen keinen europäischen Zentralismus“, sagen viele. Die Europäische Union ist heute aber viel mehr als nur ein wirtschaftlicher Zusammenschluss.

70 bis 80% aller europäi-

schen Richtlinien betreffen die verschiedensten Politikfelder in den Landkreisen und Kommunen – vom Abfallrecht bis zur Wirtschaftsförderung. Im Augenblick geht es z.B. um die Richtlinien für die Ausschreibung öffentlicher Aufträge. Bisher mussten die Kommunen das „wirtschaftlichste“ Angebot nehmen. Auf Druck der Grünen-Fraktion können Kommu-

nen jetzt auch andere Aspekte wie ökologische, soziale, qualitative und sicherheitsrelevante Kriterien berücksichtigen. Die Kennzeichnungspflicht für genveränderte Lebensmittel und die Schadensersatzpflicht bei Pollenflug aus genmanipulierten Feldern, die aufgrund von EU-Bestimmungen auch in Deutschland umgesetzt werden muss und derzeit von der Union blockiert wird, wären ohne die EU-Grünen nicht zustande gekommen.

Auch für den Einfluss der Kommunen haben sich die Grünen eingesetzt. Die jetzt zu verabschiedende neue europäische Verfassung wird die Selbstverwaltung der Kommunen stärker hervorheben. Damit erhält die Europäische Union endlich eine regionale und lokale Dimension.

Die Grünen haben mit dem Gründungskongress der Europäischen Grünen Partei Ende Februar in Rom die europäische Einigung als erste politische Gruppierung auch selbst in die Tat umgesetzt. Sie wollen kein Europa der bürokratischen Bevormundung, der Atomlobby, der Genmanipulationen und außenpolitischen Abenteuer, sondern treten für ein gerechtes, ökologisches und friedliches Europa ein.

Weitere Infos unter:
www.gruene-partei.de
www.greens-efa.org
www.europeangreens.org



Kleines Lexikon zur Europa-Wahl

Wer wird gewählt?

Gewählt werden die Abgeordneten für das europäische Parlament. Jedem der 25 Mitgliedsstaaten steht gemäß der Bevölkerungszahl eine entsprechende Anzahl von Sitzen zu. Deutschland als bevölkerungsreichster Staat wird 99 Parlamentarier/innen stellen. Neben Luxemburg brauchte Deutschland als einziger der „alten“ 15 Staaten keine Sitze zugunsten der zehn Beitrittsländer abgeben. Insgesamt wird das neue Europa-Parlament aus 732 Abgeordneten bestehen. 2007 kommen noch 18 Abgeordnete aus Bulgarien und 36 Abgeordnete aus Rumänien dazu.

Wie setzt sich das Parlament zusammen?

Im Europa-Parlament sitzt man nicht nach Ländern, sondern nach Fraktionen zusammen. Insgesamt gibt es sieben

Fraktionen und die Gruppe der Fraktionslosen im Europa-Parlament. So sitzt z.B. die CDU/CSU mit der Forza Italia von Berlusconi in einer Fraktion. Die grüne Fraktion besteht zur Zeit aus 44 Mitgliedern, von denen vier aus Deutschland kommen.

Wer wählt wen?

Es wird in den einzelnen Ländern gewählt, d.h. Deutsche wählen die Abgeordneten der deutschen Listen. In Deutschland gibt es bundesweite Listen, außer bei der CDU/CSU, die Landeslisten haben, da die CSU nur in Bayern antritt. Jede/r EU-Bürger/in hat eine Stimme, mit der er/sie eine Liste wählt. EU-Ausländer/innen mit Wohnsitz in Deutschland können sich bis zum 23.5.2004 entscheiden, ob sie in Deutschland oder in ihrem Herkunftsland wählen wollen. Wenn sie bei der letz-

ten EU-Wahl noch nicht in Deutschland wohnen, müssen sie sich bei den Gemeinden in Wahllisten eintragen lassen.

Was macht das Europa-Parlament?

Das Europäische Parlament besitzt – so wie jedes nationale Parlament – drei zentrale Befugnisse. Es erlässt zusammen mit dem EU-Ministerrat die Gesetze (Gesetzgebungsbefugnis), bestätigt den von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagenen Kommissionspräsident (Kontrollbefugnis) und beschließt den Etat der EU (Haushaltsbefugnis).

Bei der Gesetzgebung wird unterschieden zwischen EU-Verordnungen, die direkt von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen, und EU-Richtlinien, die ebenfalls verbindlich sind, aber jedem Land Mittel zur Umsetzung offen lassen.

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Mobellagerung · Außenaufzug
96052 Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 FAX 6 73 40

Elektrosmog - Mobilfunk
Wissenschaftler und Ärzte sind sich einig:
elektromagnetische Strahlung hat Auswirkungen
auf den menschlichen und tierischen Organismus!

Einladung zum Vortrag:
Streß durch Strom und Strahlung
am Do., den 27.05.04 von 19.30 - 21.00 Uhr
Unkostenbeitrag: 2,50 €

Wir messen die Belastung
und zeigen Ihnen Wege,
wie Sie sich schützen können!
einfach - sicher - wirtschaftlich

OKOHAUS
BAMBERG
Armeestr. 5
96050 Bamberg
Tel.: 0951-915 200

Eine Bilanz von MdB Elisabeth Schroedter

EU-Osterweiterung: Solidarisch und grün

Im Jahr 2004 wird für die Europäische Union Geschichte geschrieben. Am 1. Mai feiern wir die Wiedervereinigung Europas. Am 13. Juni und in den Tagen davor wird in 25 europäischen Ländern zum sechsten Mal das Europäische Parlament gewählt. Wenige Tage danach wird ein neuer Kommissionspräsident ernannt und im November eine neue und größere Kommission mit 25 Kommissaren eingesetzt. Auch eine Europäische Verfassung könnte noch in diesem Jahr Wirklichkeit werden. Das vereinte Europa ist das Friedensprojekt und die Garantie für Stabilität.

Schon die Vorbereitung auf die Erweiterung hat in den Beitrittsstaaten in hohem Maße zu Demokratisierung und wirtschaftlichem Aufschwung beigetragen. Gleichzeitig wurden in hohem Tempo die Umwelt- und Sozialnormen der Europäischen Union in den östlichen Nachbarstaaten eingeführt. Vor allem deshalb gibt es für

mich keine Alternative zur Erweiterung der EU. Gerade in den Grenzregionen ist es wichtig, dass auf beiden Seiten die gleichen Normen für Umweltschutz und die gleichen sozialen Rahmenbedingungen gelten, um Abwanderungen von Betrieben vorzubeugen.

Osterweiterung ist ohne Alternative

In den Grenzregionen befürchten viele BürgerInnen, dass die Erweiterung eine Flut von billigen Arbeitskräften bringen wird. Aus meiner Sicht ist diese Sorge unberechtigt. Einerseits gelten für Pendler und Arbeitssuchende während der maximal siebenjährigen Übergangsfrist bei der Freizügigkeit die jetzigen Regeln. Sie legen feste Kontingente für Werkverträge und Saisonarbeiter fest. Andererseits belegen Studien, dass sich die Migrationsbewegung von Ost nach West auch ohne die Freizügigkeitsbeschränkung in überschaubaren

Grenzen halten wird.

Die Schonfrist für die Grenzregionen darf jedoch kein Ruhekitzen sein. Das bestehende Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Platz“ muss endlich wirkungsvoll durchgesetzt werden. Gleichzeitig ist die Europäische Union in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Zeit zu nutzen, um für gemeinsame Sozialnormen feste Rahmenbedingungen zu setzen. In Ost und West müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um ein hohes Beschäftigungsniveau zu garantieren. Soziale Gerechtigkeit muss zu einem Projekt werden, das nationale und gesellschaftliche Grenzen überwindet. Genau an dieser Stelle will ich mich in den nächsten Jahren im Europäischen Parlament engagieren. Bereits in dieser Legislaturperiode war es mir wichtig, dass Sozial- und Beschäftigungsfragen – lange von der Kommission wenig beachtet – in den neuen EU-Län-

dern stärker in den Blickpunkt rücken.

Soziale Ausgrenzung auch im Westen überwinden

Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss war ich mit den Dossiers zu den Erweiterungsfragen befasst. Viele Besuche führten mich in die neuen EU-Länder. Ich kenne ihre Schwächen und ihre Stärken und bin deshalb überzeugt, dass eine solidarische und gerechte Gemeinschaft Wirklichkeit werden kann. Voraussetzung ist, dass die Europäische Union die Solidarität zwischen Arm und Reich nicht den Sparzwängen für einen harten Euro opfert. Wir wissen, dass soziale Ausgrenzung nicht nur im Osten zu finden ist, sondern dass es auch in Westdeutschland Stadtteile gibt, in denen die Menschen nicht mehr am Wohlstand teilhaben. Nicht nur im Osten, auch im Westen sind die ländlichen Räume massiv von Abwanderung bedroht. Solidarität muss zum größten Integrationsmotor der kommenden Jahre werden. Es ist wichtig, dass

wir die Chancen entdecken, die in der Erweiterung stecken und nicht vor Angst den Kopf in den Sand stecken.

Förderung für beide Seiten

Die Grenzregionen haben dabei Vorbildcharakter. Die vorhandenen Kontakte und Erfahrungen in der Region sind für den Erfolg dieser Zusammenarbeit eine wichtige Grundlage. Ich möchte mich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Steine aus dem Weg geräumt werden, dass die Akteure vor Ort bei den regionalen Entwicklungskonzepten und den Investitionsvorhaben frühzeitig mitreden können. Das Geld, das in diese Region fließt, muss nachhaltig eingesetzt werden und beiden Seiten zugute kommen. Innovative Wirtschaftskonzepte, erneuerbare Energien, Vollbeschäftigung, ökologische Landwirtschaft und europäisch orientierte Ausbildungskonzepte müssen im Vordergrund stehen. So könnten wirtschaftliche Unterschiede zügig abgebaut werden. Allerdings



Elisabeth Schroedter, 45 Jahre, lebt mit ihrem Mann und drei Söhnen in der Nähe von Potsdam. Sie ist Pädagogin und Umweltberaterin, war gleich nach der Wende im Neuen Forum und dann bei den Grünen aktiv. Seit 1994 ist sie Mitglied im Europäischen Parlament und kandidiert für B90/Grüne auf Platz 11 der deutschen Liste.

darf nicht zugelassen werden, dass die eine Seite durch höhere Förderversprechen Betriebe von der anderen Seite abwirbt. Mit der neuen Verordnung für die europäischen Strukturfonds, an der wir jetzt im Regionalausschuss arbeiten, will ich dafür sorgen, dass das zu einer festen Regel bei der Vergabe der Mittel wird. Die regionale Unterstützung durch die EU soll zu einer Win-Win-Situation für alle Regionen werden.